Nachfolgeabkommen des Pariser Abkommens

Einleitung und naturwissenschaftliche Hintergründe

Klimaschutz - wer hierbei nur an “grüne” Nichtregierungsorganisationen (NGOs) denkt, die sich für Windkraft und weniger Fleischkonsum einsetzen, hat das Thema noch nicht auf dem internationalen Parkett kennengelernt. Die Erde unterliegt seit ihrer Entstehung Schwankungen im Klima. So erwärmte sie sich nach der letzten Eiszeit vor ungefähr 10.000 Jahren um 4 bis 5°C, was für große Veränderungen auf dem gesamten Planeten sorgte.

Mit der intensiven Kohlekraftnutzung, dem Verbrennen von Benzin, Kerosin und anderen Treibstoffen und nicht zuletzt der Massenviehzucht hat sich der Einfluss des Menschen auf das Klima in den letzten 150 Jahren drastisch gesteigert. Heute wird gemessen an dem vorindustriellen Niveau ein Vielfaches an Gasen in die Atmosphäre gepumpt und diese haben Auswirkungen auf die gesamte Biosphäre. Das klassische Treibhausgas Kohlenstoffdioxid (CO_2) sorgt dafür, dass die Wärme der Sonne, die von der Erde teilweise reflektiert wird, erneut in der Atmosphäre reflektiert wird und somit die Erde weiter aufheizt, da sie weniger in den Weltraum zurückgeworfen wird. Dies nennt man den Treibhauseffekt.

Es gibt allerdings auch andere Gase, die zur Klimaerwärmung beitragen, wie beispielsweise Methan (CH_4) und Distickstoffoxid (N_2O). Diese Gase haben im Vergleich zu CO_2 wesentlich stärkere Auswirkungen auf das Klima, weshalb man alle klimaschädigenden Gase in ein CO_2-Äquivalent umrechnet. Da CH_4 25 mal so stark wie CO_2 auf das Klima wirkt, wird der Ausstoß von 1kg in 25kg CO_2-Äquivalent umgerechnet, bei N_2O ist es ein Faktor von 298. So kommt es, dass der Mensch nach aktuellen Schätzungen einen Bruchteil der Zeit braucht, um das Klima des Planeten um insgesamt 4 bis 5°C aufzuwärmen, nämlich lediglich 100 Jahre - die bereits begonnen haben.

Auch wenn das Klima sich in unseren Augen nicht stark verändert, hat bereits ein winziger Anstieg der Temperatur verheerende Auswirkungen. So schmelzen an den Polen, in Gebirgen und vor allem in Grönland Gletscher, die schon seit mehreren tausend Jahren bestanden. Durch die freiwerdenden Wassermassen stieg der Meeresspiegel jährlich im Zeitraum von 1993 bis 2010 um durchschnittlich 3,2 mm im Jahr, Tendenz steigend. Küsten und Inseln liegen allerdings nur wenige Zentimeter über dem Meeresspiegel, weshalb bis 2100 der Lebensraum von 3,1% der Weltbevölkerung durch Überschwemmungen bedroht sein könnte.

Auch Inlandsüberschwemmungen durch das Schmelzen von Gebirgsgletschern häufen sich, da die Flüsse vor allem in der gemäßigten Klimazone durch ihr neues Volumen in Kombination mit starkem Regenfall schnell über ihre Ufer treten. In den subtropischen und tropischen Gebieten der Erde dagegen trocknen durch immer heißere, trockenere Sommer und den vermehrten Wasserbedarf durch die wachsende Bevölkerung immer mehr

Süßwassergewässer wie Flüsse und Seen aus. Das führt schon heute zu weitreichenden Hungersnöten, vor allem auf dem afrikanischen und dem asiatischen Kontinent.

Durch den Anstieg des CO_2-Gehalts in der Atmosphäre wird aber nicht nur das Klima beeinflusst, sondern auch der pH-Wert der Ozeane. So geht man in Kombination mit der Überfischung der Ozeane davon aus, dass bis 2050 kommerzieller Speisefischfang so gut wie unmöglich sein wird. Fisch ist allerdings für etwa die Hälfte der Weltbevölkerung die wichtigste Eiweißquelle, vor allem in Küstengebieten und auf Inseln, deren Nahrungssicherheit durch den Anstieg der Meeresspiegel schon bedroht ist.

Ein weiteres Problem ist die Zerstörung der Ozonschicht durch Fluorchlorkohlenwasserstoffe (FCKWs), die heutzutage vor allem in Kühlmitteln enthalten sind. Durch die Zusammenarbeit der internationalen Staatengemeinschaft konnte die Belastung durch FCKWs glücklicherweise deutlich reduziert werden, sodass das Ozonloch seit 2006 kleiner wird. Ozon schützt alle auf der Erde lebenden Organismen vor kurzwelliger, energiereicher Strahlung aus dem Weltall und durch seinen Abbau steigt das Risiko für Mutationen bei Organismen, die den Strahlen ausgesetzt sind, was unter anderem für hohe Krebsraten bei Menschen und Tieren sorgt.

Der Klimawandel birgt ein besonderes Risiko für Katastrophen wie starke Überschwemmungen, langanhaltende Dürren und durch die Luftveränderungen auch Hurrikane und Orkane, die zuvor nie dagewesene Herausforderungen an die Staatengemeinschaft stellen.

Obwohl der wissenschaftliche Konsens eindeutig sagt, dass der Klimawandel und andere Veränderungen der Atmosphäre und deren Auswirkungen durch den Menschen entstanden sind, gibt es in einigen Regierungen Klimakritiker*innen, die meinen, dass die beobachteten Phänomene Teil der normalen Temperaturschwankungen der Erde sind. Sie halten deshalb Bemühungen, um diese Veränderungen zu stoppen, für sinnlos und schädlich für die Wirtschaft. Es ist deshalb umso schwieriger, als Staatengemeinschaft gegen den Klimawandel vorzugehen und die erwähnten Katastrophen zu vermeiden bzw. ihren Schaden zu begrenzen. Aufgrund der zunehmenden Wichtigkeit halten die Vereinten Nationen jedoch seit etwa dreißig Jahren Verhandlungen über internationale Klimapolitik ab.

Grundlagen der Klimapolitik

Alle Anstrengungen der Klimapolitik kann man grundsätzlich in zwei Kategorien einteilen: die Adaption und die Mitigation.

Bei der Adaption geht es darum, Maßnahmen zu ergreifen, die den Klimawandel nicht verlangsamen, dafür aber den zu erwartenden Schaden minimieren und die Gesellschaft auf die Veränderungen vorbereiten. Beispiele hierfür sind das Errichten von Dämmen, um Überschwemmungen vorzubeugen, oder auch das Züchten von resistenteren Pflanzen für die Landwirtschaft. Solche Strategien versprechen kurzfristige Verbesserungen, werden aber mit fortschreitendem Klimawandel immer teurer und schwerer umzusetzen sein.

Die Mitigation hingegen versucht den Klimawandel aufzuhalten, indem zum Beispiel der Ausstoß von Treibhausgasen reduziert wird. Dies ist ein langwieriger Prozess, der keine unmittelbaren Vorteile mit sich bringt, dafür aber auf langfristige Sicht die nachhaltigere Lösung ist. Obwohl sich die meisten klimapolitischen Beschlüsse der Mitigation zuschreiben lassen, werden die ersten Ausläufer des Klimawandels in naher Zukunft nicht zu verhindern sein.

Deswegen fordern vor allem die von dem Klimawandel am stärksten bedrohten Akteure zusätzliche Hilfe, sich auf zukünftige Katastrophen vorzubereiten und mit dem entstehenden Schaden umzugehen, welcher oft mit dem Schlagwort “loss and damage” (dt.: “Verlust und Schaden”) zusammengefasst wird. Zu diesen Akteuren gehören zum Beispiel die kleinen Inselstaaten, die durch den steigenden Meeresspiegel in ihrer Existenz bedroht sind und deswegen bereits eine “Allianz der kleinen Inselstaaten” (AOSIS) gebildet haben.

Doch nicht nur sie wollen bei den Klimaverhandlungen berücksichtigt werden. Durch ein Ansteigen des Bruttoinlandsproduktes und einer damit einhergehenden wachsenden Produktion stößt ein Staat automatisch auch mehr Treibhausgase aus. Dadurch scheuen sich viele Staaten vor verbindliche Emissionseinsparungen aus Angst, dass dadurch ihre Wirtschaft ins Stocken gerät. Insbesondere Regierungen in der Organisation erdölexportierender Länder (OPEC) und in der JUSSCANNZ (manchmal auch “Umbrella Group” genannt) nehmen deswegen auf Konferenzen eine bremsende Position ein.

Doch auch Entwicklungs- und Schwellenländer fühlen sich ungerecht benachteiligt, wenn Industrienationen in der Vergangenheit keine Rücksicht auf die Umwelt genommen haben, sie sich aber bei ihrer eigenen Entwicklung an Emissionsrichtlinien halten sollen. Aus diesem Grund wurde das Prinzip der “common but differentiated responsibilities” (CBDR, dt.: “gemeinsame, aber unterschiedliche Verantwortung”) eingeführt. Danach sollen entwickelte Länder, auch wegen ihrer historischen Verantwortung, eine Führungsrolle in der Durchsetzung des Klimaschutzes einnehmen und die anderen finanziell unterstützen. Dazu wurden die Länder 1992 je nach Entwicklungsgrad in Annex I, Annex I und II sowie Nicht-Annex I eingeteilt. Die Annex-Staaten verpflichteten sich sodann zu Treibhausgaseinsparungen und Hilfeleistungen für Nicht-Annex-Staaten.

Ein Beispiel dafür, wie solche Hilfsleistungen gemacht werden können, ist der “clean development mechanism” (CDM, dt.: “Mechanismus für umweltverträgliche Entwicklung”). Hierbei kann ein Annex-Staat ein Projekt in einem Nicht-Annex-Staat ins Leben rufen. Sorgt dies dann für eine messbare und langzeitige Emissionsreduktion, so kann es dem Annex-Staat als “certified emission reduction” (CER, dt.: “zertifizierte Emissionsreduktion”) für die eigenen Reduktionsziele angerechnet werden. Dieses Konzept ist aber umstritten und viele Industrienationen, wie die USA oder die EU, wollen sogar das gesamte Prinzip der gemeinsamen, aber unterschiedlichen Verantwortung aufkündigen und überarbeiten. Sie halten es für ungerecht, dass Länder, die sich seit 1992 stark entwickelt haben, noch immer als Nicht-Annex-Staaten behandelt werden. Dabei geht es hauptsächlich um China, Indien und Brasilien, in denen zusammen im Jahr 2012 ganze 81,8% der CERs erwirtschaftet wurden. Letzteres spiegelt auch die ungleiche Aufteilung der Projekte des CDM auf die Nicht-Annex-Staaten wider.

Als weiteres wichtiges Konzept der Klimapolitik ist hier noch der Emissionshandel zu nennen. Dieser soll dafür sorgen, dass neben der Politik auch emissionsreiche Zweige der Wirtschaft aus ökonomischen Gründen weniger Treibhausgase ausstoßen. Dazu wird zunächst festgelegt, wie viele Emissionen in dem Gebiet, in dem der Emissionshandel eingeführt werden soll, in welchem Zeitraum maximal entstehen sollen. Diese Menge wird dann in Form von Zertifikaten den Firmen, die die Emissionen verursachen, zugeteilt, entweder nach Größe des Unternehmens oder durch eine Versteigerung. Jeder Betrieb darf dann nur so viele Treibhausgase in dem festgelegten Zeitraum ausstoßen, wie es dem Betrieb durch die gekauften Zertifikate erlaubt ist. Sollten die Betriebe die Menge überschreiten, müssen sie eine Strafe bezahlen. Sollten sie aber unter der Menge bleiben, können sie die überflüssigen Zertifikate wieder verkaufen. So entsteht ein Markt, in dem mit Emissionsberechtigungen gehandelt wird und Unternehmen im Vorteil sind, die wenige Emissionen ausstoßen. Indem nun von Zeitraum zu Zeitraum immer weniger Zertifikate durch die Politik in Umlauf gebracht werden, sinken auch in der Theorie die Emissionen durch die Wirtschaft, weil es ökonomisch sinnvoll ist.

Durch das Kyoto-Protokoll gibt es seit 2008 ein globales Emissionshandelsystem zwischen den Annex-Staaten, in dem aber hauptsächlich die teilnehmenden Staaten und nicht die Wirtschaftsakteure mit den Zertifikaten handeln. Zusätzlich wurden aber auch auf kleineren Ebenen Handelssysteme aufgebaut. Beispielsweise existiert seit 2005 ein solches in der Europäischen Union. In beiden Systemen sind aber im ersten Anlauf zu viele Zertifikate herausgegeben worden, sodass der Handel mit den Zertifikaten noch nicht zu einer positiven Emissionsminderung geführt hat. Des weiteren ist es schwierig, bereits bestehende Handelssysteme zusammenzulegen. Das sorgt nämlich in dem System mit den teureren Zertifikaten für ein Sinken des Kaufpreises, sodass so zu weniger Emissionseinsparungen angeregt wird.

Geschichte der Klimapolitik

Die internationale Klimapolitik geht auf den April 1992 zurück, als ein Intergovernmental Negotiating Committee (INC, dt. “zwischenstaatlicher Verhandlungsausschuss”) den Grundstein für die United Nations Framework Convention on Climate Change (UNFCCC, dt. “Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen”) legte, da in diesem Komitee der Text des Abkommens aufgeschrieben wurde. Einen Monat später im Mai wurde es in New York verabschiedet und war im Juni bei der United Nations Conference on Environment and Development (UNCED, dt. “Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung”) in Rio dann offen für die Unterschriften aller Staaten. Das zentrale Ziel der UNFCCC ist das Stabilisieren der Treibhausgase in der Atmosphäre in einer Konzentration, die gefährliche anthropogene (menschengemachte) Störungen in der Biosphäre verhindert. In dem Abkommen wird der Ausdruck von “common but differentiated responsibilities” zum ersten Mal verwendet, mit dem Augenmerk darauf, dass vor allem Industriestaaten große Einsparungen eingehen müssen. Spezifische Vorschriften oder Ziele, die Zahlen beinhalten, findet man in der UNFCCC nicht. Allerdings gibt sie den Rahmen für alle kommenden

Übereinkommen und Protokolle, die die Staatengemeinschaft zum Thema Klimawandel verabschiedete und noch verabschieden wird. Zwei Jahre später, am 21. März 1994, trat die UNFCCC in Kraft.

Nach Rio wurde im März 1995 die Conference of the Parties (COP, dt. “Konferenz der Parteien”, auch UN-Klimagipfel oder Weltklimagipfel genannt) in Berlin zum ersten Mal abgehalten. Die COP findet seitdem einmal jährlich statt und jeder in der UNFCCC vertretende Staat nimmt auch an der COP teil. Die COP überprüft die Umsetzung aller Abkommen im Rahmen der UNFCCC und ist dazu berechtigt, für die erfolgreiche Ausführung der Abkommen durch beispielsweise administrative Maßnahmen zu sorgen und auch neue Abkommen zu verabschieden.

So wurde bei der COP3 in Kyoto, Japan im Dezember 1997 das nächste große Abkommen verabschiedet, das Kyoto-Protokoll. Darin wird offiziell anerkannt, dass nach aktuellem wissenschaftlichen Konsens der Klimawandel real und höchstwahrscheinlich menschengemacht ist. Außerdem ist das Kyoto-Protokoll das erste völkerrechtlich bindende Abkommen, das die Staaten, die es ratifizieren, zur Einhaltung spezifischer Vorgaben verpflichtet, ansonsten drohen Sanktionen. Es trat 2005 in Kraft und regelte die internationale Klimapolitik ursprünglich von 2008 bis 2012. Mehrere Staaten haben das Protokoll bis heute nicht ratifiziert, darunter die die Vereinigten Staaten von Amerika, Andorra und Palästina. Als Ende 2012 in Doha, Katar bei der COP18 eine zweite Verpflichtungsperiode bis 2020 beschlossen wurde, traten Russland, Kanada, Neuseeland und Japan aus dem Kyoto-Protokoll aus.

Pariser Abkommen

Vom 30. November 2015 bis zum 12. Dezember 2015 trafen sich die 196 Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen im Rahmen der COP21 und verabschiedeten das Pariser Abkommen, welches einen Meilenstein im Klimaschutz darstellt. Klare Klimaschutzziele werden ebenso wie nachhaltige Entwicklungsziele in diesem Übereinkommen definiert. Im Gegensatz zum Kyoto-Protokoll soll das Pariser Abkommen alle Mitgliedstaaten miteinbeziehen. Das Hauptziel ist, die Erderwärmung im Rahmen des menschenverursachten Klimawandels auf unter 2°C, bestenfalls auf unter 1,5°C zu bringen. Mittlerweile haben 180 Staaten das Klimaabkommen ratifiziert (Stand September 2018).

Vor der COP21 fand eine Vorbereitungskonferenz im Februar 2015 in Genf statt, bei der wichtige Punkte zum Klimaschutz vereinbart wurden. Ein Ausbau des Green Climate Fund zur finanziellen Unterstützung bei klimabedingten Verlust und Schäden sowie das transparente Arbeiten aller Beteiligten waren zentrale Punkte des Vorbereitungstreffens. Diese Punkte wurden anschließend auf der COP21 aufgegriffen und behandelt. Im Juli 2015 trafen sich etwa 2000 Wissenschaftler*innen in Paris, um sich ebenfalls auf die COP21 vorzubereiten. Weitere Vorbereitungskonferenzen fanden im Juni, September und Oktober 2015 in Bonn (Deutschland) statt.

Die COP21 erwies sich als eine der erfolgreichsten Konferenzen der Vereinten Nationen zum Klimaschutz. Erstmals wurden alle Staaten dazu verpflichtet, einen nationalen Klimaschutzbeitrag (Nationally Determined Contribution, kurz NDC) zu erarbeiten, zu beschließen und umzusetzen. Einen Unterschied zwischen Entwicklungs-, Schwellen- und Industrieländer gibt es nicht. Bei der Umsetzung der Ziele erhalten jedoch Entwicklungsländer mehr Unterstützung in Bezug auf Finanzen, Technologie und Zeit.

Das Abkommen von Paris verfolgt drei grundlegende Ziele:

1) Die Erderwärmung soll im Vergleich zum vorindustriellen Zeitalter auf unter 2° C, bestenfalls auf unter 1,5° C beschränkt werden, um extremen Wettererscheinungen wie Dürre oder Überschwemmungen ebenso wie dem Meeresspiegelanstieg entgegenzuwirken

2) Neben der Minderung der Treibhausgasemissionen soll nach dem Prinzip der Adaption auch die Fähigkeit zur Anpassung an den Klimawandel gestärkt werden. Somit sollen sich vor allem die Landwirtschaft, Energiegewinnung und Infrastruktur anpassen.

3) Die Klimaziele und Finanzmittelströme sollen vereinbar sein, sodass eine widerstandsfähige und emissionsarme Entwicklung möglich ist. Dies bedeutet, dass die Wirtschaft und die Regierungen aller Länder dazu angehalten sind, ihr Wirtschaftssystem so umzustellen, dass die Wirtschaft mit den Klimazielen im Einklang ist und keine klimaschädigenden Investitionen mehr gemacht werden. Darüber hinaus sollen Industrieländer von 2020 bis 2025 bis zu 100 Milliarden US-Dollar in einen Fonds zahlen, um Entwicklungsländern bei Schäden und zur Unterstützung zu helfen.

Doch wie sollen diese drei grundlegenden Ziele erreicht werden? Im Vorfeld der COP21 wurde jede Regierung dazu aufgerufen, nationale Klimaschutzbeiträge - INDCs (Intended Nationally Determined Contribution) - zu erstellen, um diese erstmals auf der Konferenz zu behandeln und in das Pariser Abkommen aufzunehmen. „Intended“ steht hierbei für „beabsichtigt“. Jeder Staat setzt nach der Konferenz seine eigenen NDCs fest und reicht diese beim UN-Klimasekretariat ein. Alle fünf Jahre veröffentlicht jede Regierung neue, ambitioniertere NDCs, zusammen mit den Rahmenbedingungen und einer Erklärung, wie die Beiträge in das nationale Recht eingearbeitet werden. Diese werden vom UN-Klimasekretariat bearbeitet und bewertet, ob diese dem Gesamtklimanutzen entsprechen. Sollten die NDCs als „nicht ausreichend“ eingestuft werden, müssen diese noch schärfer formuliert werden. Zwei Jahre vor der Veröffentlichung neuer NDCs wird global überprüft, ob die Ziele des Abkommens erreicht werden. Diese Überprüfung wird zeigen, ob alle Regierungen gemeinsam an einem Strang ziehen.

Bis zur zweiten Hälfte des Jahrhunderts sollen die verursachten Treibhausgasemissionen und der vorgenommene Treibhausgasausgleich auf einer Ebene sein, sodass ein Gleichgewicht entsteht. Auf der COP21 wurde ein Komitee eingerichtet, welches die Einhaltung des Abkommens überwacht und unterstützt.

Bei der Veröffentlichung der Ergebnisse der COP21 kamen auch zahlreiche Kritikpunkte auf:

- Das Komitee, das die Überwachung und Unterstützung der NDCs überwacht, kann keine Sanktionen aussprechen.
- Die finanzielle Last liegt bei den Industrieländern, da vor allem Entwicklungsländer unterstützt werden müssen. Regelungen zu Verlusten und Schäden aufgrund des Klimas gibt es kaum. Hierbei tritt die Frage auf, wer für klimabedingte Schäden letztlich aufkommt.
- Die eingereichten NDCs reichen nicht aus, um die CO_2-Emissionen zielführend zu reduzieren. Lediglich 2,7° C können erreicht werden (im Gegensatz zum Ziel von 1,5-2° C).
- Das Übereinkommen von Paris verpflichtet seine Vertragsstaaten nicht zum Erreichen der in den NDCs genannten Klimaschutzziele. Die Staaten müssen jedoch Klimaschutzmaßnahmen unternehmen, die zur Umsetzung der NDCs beitragen (Art. 4.2).
- Es gibt keine verbindlichen Vorgaben für die NDCs. Somit unterscheiden sich die Klimaschutzbeiträge erheblich

Neuere Entwicklungen

Nach der COP21 folgte die COP22 in Marrakesch im November 2016. Diese Konferenz beschäftigte sich besonders mit der praktischen Umsetzung der im Pariser Abkommen vorhandenen Klimaziele. Anschließend fand die COP23 in Bonn im November 2017 statt. Mehr als 22.000 Menschen nahmen an der Konferenz teil. Nachdem auf der COP21 das Pariser Abkommen beschlossen wurde, sollte die Hauptaufgabe während MUN-SH sein, die Regelungen des Abkommens auszuweiten und zu formulieren. Diese Regelungen sollen nun bei der nächsten Klimakonferenz, der COP24, im Dezember 2018 in Katowice (Polen) verabschiedet werden.

Nachdem die USA als erster Staat NDCs bis 2050 veröffentlichte, gab die Regierung am 1. Juni 2017 bekannt, dass die USA aus dem Pariser Abkommen austreten möchten. Dies sorgte weltweit für heftige Kritik, da die USA bei der Liste der Länder mit dem größten CO_2-Ausstoß pro Kopf ganz weit oben liegt und Klimaschutz nie wichtiger erschien.

Zusammenfassung und Punkte zur Diskussion

Zusammenfassend kann man sagen, dass die Arbeit der Vereinten Nationen zu diesem Thema noch lange nicht abgeschlossen ist. Der Klimawandel, wie man ihn heute kennt, kommt wegen der großen Summe der Emissionen der ganzen Menschheit zustande. Deswegen ist es

nicht möglich, die Problematik durch Verhaltensänderung einzelner Staaten zu lösen, sondern lediglich durch intensive internationale Zusammenarbeit. Dass die Mitgliedsländer unterschiedlich viel Verantwortung tragen, unterschiedlich viel bewirken können und unterschiedlich akut von den Folgen bedroht sind, macht es nicht einfacher, gemeinsame Strategien zu erarbeiten. Bei MUN-SH 2019 liegt es an den Delegierten in der Resolution auf folgende Punkte Antworten finden.

- Zunächst sollte die Staatengemeinschaft den aktuellen Stand einordnen:
    - Hat sich an der Bereitschaft der Mitgliedstaaten, den Klimawandel als anthropogenes Problem anzuerkennen und ihn zu bekämpfen, etwas verändert?
    - Sieht sie sich auf den richtigen Weg, die vorgegebenen Ziele des Pariser Klimaabkommens einzuhalten?
    - Sind diese Ziele ambitioniert genug oder sollten sie angepasst werden?
    - Wie bewertet das Gremium die neuesten Berichte und Studien zu diesem Thema, wie den “Brown to Green”-Bericht von Climate Transparency?
- Ein wichtiger Punkt sollte die weitere Ausarbeitung des Konzepts der NDCs sein:
    - Sollte man dessen Regelungen anpassen?
    - Wie kann man dafür sorgen, dass sich alle Staaten ausreichend ambitionierte Ziele setzen?
    - Wie kann man dafür sorgen, dass diese dann auch umgesetzt werden?
- Zusätzlich sollte die UN-Klimakonferenz zu dem Zusammenspiel zwischen Mitigation und Adaption Stellung beziehen:
    - Sollten beide Strategien gleichermaßen verfolgt werden oder sollte sich die Staatengemeinschaft auf eines der beiden fokussieren?
    - Wie kann damit umgegangen werden, dass der Klimawandel überproportional Entwicklungsstaaten schadet?
    - Sind die im Pariser Klimaabkommen formulierten Ziele zur Adaption ausreichend?
- Ein weiteres Thema sollte die konkrete Umsetzung von Klimaschutzzielen sein:
    - Gibt es Anpassungsbedarf bei der Finanzierung und der Förderung von den beschlossenen Zielen?
    - Welche Möglichkeiten gibt es, unterrepräsentierte Akteure wie Staaten des globalen Südens, entwickelnde Staaten besser in die Aktionen gegen den Klimawandel einzubinden?

    - Wie können im Rahmen der GCAA (Global Climate Action Agenda) auch staatsunabhängige, industrielle Akteure dazu gebracht werden, weiter gegen den Klimawandel vorzugehen?
    - Wie kann die materielle und ideelle Unterstützung für Staaten und nicht-staatliche Akteure besser gewährleistet werden?
    - Wie sollte man mit Akteuren umgehen, die den menschengemachten Klimawandel weiterhin bezweifeln?
- Darüber hinaus ergeben sich folgende Fragen in Bezug auf die Kritikpunkte des Pariser Abkommens:
    - Das Komitee zur Überwachung der Erreichung der NDCs darf keine Sanktionen aussprechen. Was könnte es stattdessen tun, um die Erreichung der NDCs voranzutreiben?
    - Der Green Climate Fund soll vorrangig von Industrieländern finanziert werden, um bei wetterbedingten Verlust und Schäden Staaten zu unterstützen. Welche Möglichkeiten gibt es darüber hinaus, den Green Climate Fund zu finanzieren?
    - Die Erreichung des Ziels zur Reduktion der Erderwärmung scheint nahezu unmöglich. Inwieweit spielt hierbei ein Ausbau der Kriterien für NDCs sowie ein Umdenken aller Staaten eine Rolle? Wie könnte man einzelnen Staaten helfen, die besondere Unterstützung brauchen?

Wichtige Dokumente

- Kyoto-Protokoll: https://unfccc.int/resource/docs/convkp/kpger.pdf
- Pariser Klimaabkommen (Englisch): https://unfccc.int/resource/docs/2015/cop21/eng/10a01.pdf
- “Brown to Green”-Bericht 2018: https://www.climate-transparency.org/wp-content/uploads/2018/11/Brown-to-Green-Report-2018_rev.pdf

Quellen und weiterführende Links

- Internetseite zum United Nations Framework Convention on Climate (UNFCCC) (Englisch): https://unfccc.int/
- Liste mit allen von Staaten eingebrachten NDCs (Englisch): http://www4.unfccc.int/ndcregistry/Pages/All.aspx

- Erläuterungen zum Pariser Klimaabkommen (Englisch): https://unfccc.int/process-and-meetings/the-paris-agreement/what-is-the-paris-agreement
- Internetseite zur COP 21 (Englisch): http://www.cop21paris.org/
- Bundeszentrale für politische Bildung zum Thema “Internationale Klimapolitik”: http://www.bpb.de/gesellschaft/umwelt/klimawandel/38535/akteure?p=all